

NORBERT GLATZEL

Christsein in einer Gemeinde

Überlegungen zur Gemeindestruktur

im Blick auf die Einbindung des Menschen in Raum und Zeit

1. UNTERSCHIEDLICHE GRUNDPOSITIONEN

1.1 Fragen im Umfeld der Ortsgemeinde gehören seit Jahren zu den immer wiederkehrenden Themen der Religionssoziologie und der Theologie. Die ausführliche Behandlung dieser Thematik auf der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland hat diese Diskussion ein Stück weit vorangetrieben. So ist im Beschluß »Die pastoralen Dienste in der Gemeinde« definiert, was als Gemeinde verstanden werden soll. Dort heißt es: »Die Gemeinde ist an einem bestimmten Ort oder innerhalb eines bestimmten Personenkreises die durch Wort und Sakrament begründete, durch den Dienst des Amtes geeinte und geleitete, zur Verherrlichung Gottes und zum Dienst an den Menschen berufene Gemeinschaft derer, die in Einheit mit der Gesamtkirche an Jesus Christus glauben und das durch ihn geschenkte Heil bezeugen. Durch die eine Taufe (vgl. 1 Kor 12,13) und durch die gemeinsame Teilhabe an dem einen Tisch des Herrn (vgl. 1 Kor 10,16 f.) ist sie ein Leib in Jesus Christus.«¹

Diese Definition schließt zwar, wie *Karl Lehmann*² zu Recht feststellt, partikuläre Bestimmungen und Zielsetzungen aus. Sie bleibt aber in der Aussage über konkrete Strukturen der Gemeinde – »an einem bestimmten Ort oder innerhalb eines bestimmten Personenkreises« – eher vage. Schließlich hat jede Gemeinde, auch die Personalgemeinde, notwendig einen Ortsbezug – die Studentengemeinde in . . . – und jede, auch die Territorialgemeinde, umfaßt einen bestimmten

¹ Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Beschlüsse der Vollversammlung. Offizielle Gesamtausgabe I, Freiburg, Basel, Wien 1976, 605.

² *Karl Lehmann*, Chancen und Grenzen der neuen Gemeindeftheologie, in: Internationale katholische Zeitschrift 6 (1977) 111–127, 111.

Personenkreis – alle Katholiken, die in einem umgrenzten Gebiet wohnen –. Wo und für welche Personen eine Gemeinde als sinnvoll angesehen und ihr ein Amtsträger zugewiesen wird, muß nach anderen (in der Definition nicht genannten) Kriterien entschieden werden. Die Koppelung der Gemeinde an das Amt trägt jedoch dazu bei, daß nicht flüchtigen sondern nur dauerhaften Gruppierungen der Gemeindecharakter zugestanden wird. Die Diskussion um die »Strukturprobleme heutiger Gemeindewirklichkeit«³ ist deshalb noch nicht abgeschlossen; sie wird vielmehr gerade seit der Synode mit unterschiedlichen Akzentsetzungen weitergeführt.

1.1.1 Die wachsende Distanz der Christen zu ihren Kirchen und Gemeinden⁴ – ein Phänomen, das allen in der praktischen Seelsorge Tätigen auf den Nägeln brennt – ist wohl der Hauptanlaß dafür, Theorie und Praxis der Gemeinde einer eingehenden Analyse zu unterziehen, um so auf der einen Seite die Ursachen für einen als defizient betrachteten Zustand zu erforschen und auf der anderen Seite Veränderungsvorschläge zu entwerfen, durch deren Umsetzung in die Praxis man sich eine Besserung der Verhältnisse erhofft.

1.1.2 Daneben muß ein zweiter Diskussionsstrang genannt werden, der eine ganz andere Problematik behandelt, den Priestermangel⁵. Priestermangel bedeutet eine zusätzliche Schwierigkeit für jede denkbare Organisationsstruktur, die unter der Prämisse der oben genannten Definition steht. Wenn im Zusammenhang mit dieser Frage zwar vorrangig die Möglichkeit der Differenzierung des kirchlichen Amtes

³ Ebda.

⁴ Vgl. dazu *Rolf Zerfaß*, Die »distanzierte Kirchlichkeit« als Herausforderung an die Seelsorge, in: *Lebendige Seelsorge* 22 (1971) 249–266; *Paul Michael Zulehner*, Religion nach Wahl, Wien, Freiburg, Basel 1974; *Religiös ohne Kirche? Eine Herausforderung für Glaube und Kirche*, erarb. v. der Kommission 8 »Pastorale Grundfragen« des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, hrsg. v. *Karl Forster*, in: *Berichte und Dokumente* Nr. 30, Bonn–Bad Godesberg 1977; *Norbert Mette*, Die kirchlich distanzierte Christlichkeit als Herausforderung für kirchliches Handeln, in: *Diakonia* 8 (1977) 235–244.

⁵ Der Priestermangel und seine Konsequenzen. Einheit und Vielfalt kirchlicher Ämter und Dienste, hrsg. v. *Ferdinand Klostermann*, Düsseldorf 1977; *Hans Georg Koch*, Priestermangel und Sicherung der Seelsorge. Zur Situation der pastoralen Dienste, in: *Herder-Korrespondenz* 31 (1977) 306–312; *Walter Kasper*, Schädliche Nebenwirkungen des Priestermangels, in: *Stimmen der Zeit*, 195. Bd., 102 (1977) 129–135; ***, Das Recht der Gemeinde auf ihren Priester, in: *Diakonia* 8 (1977) 217–221; *Ferdinand Klostermann*, Wir brauchen Priester, Linz 1977.

im Mittelpunkt steht, so kommt doch auch in den Blick, »daß das kirchliche Leben angewiesen ist auf eine feste und beständige *Bezugsperson am Ort*, die den Dienst des Amtes, also der ›Auferbauung der Gemeinde‹ und der Einheit in der Gemeinde selber sowie der Gemeinde mit der ganzen Kirche leistet«⁶.

1.1.3 Ein weiterer Fragenbereich innerhalb der gesamten Gemeindefachthematik ist schließlich noch der Komplex »Volkskirche oder Gemeindekirche«⁷. Erörterungen zu diesem Thema legen besonderen Wert auf die »Betonung des Entscheidungscharakters des christlichen Glaubens«⁸; eine Überbetonung institutioneller Elemente wird zugunsten kommunikativ-personaler abgelehnt⁹. Die Diasporasituation christlichen Glaubens und Lebens, das Modell der »kleinen Herde« in einer »weltlichen« Welt wird hier zum Ausgangspunkt für ein »neues« Gemeindekonzept.

1.2 Man kann nun weiter fragen, welche Akzente diese unterschiedlichen Ansätze in der Gemeindediskussion auf die Begründung der Sozialbindungen legen, durch die die Glieder einer Gemeinde zu einem einheitlichen Sozialgebilde zusammenwachsen.

1.2.1 Geht man von der Distanz der Christen zur Kirche aus, von der nur teilweisen Bejahung von Glaubenssätzen und Verhaltensnormen, dann wird Bindung vorrangig im Konsens gesehen. Das Ziel kirchlicher Arbeit ist folglich, durch überzeugende Stellungnahmen und Lösungsbeiträge zu Problemen der Zeit sowie durch das Beispiel gelebten Christentums bei denen, »die sich nur noch teilweise mit ihr (der Kirche, d. V.) identifizieren, die kirchliche Bindung« zu stärken und zu verlebendigen¹⁰. Christliches Denken und Handeln steht hier

⁶ H. G. Koch, a. a. O., 308.

⁷ Vgl. dazu Peter Lippert, Zum Streit um die Gemeindekirche, in: Theologie der Gegenwart 17 (1974) 80–86; Norbert Mette, Volkskirche. Eine Problemskizze, in: Stimmen der Zeit, 195. Bd., 102 (1977) 191–205; Werner Jetter, Die Chancen der Ortsgemeinde, in: Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft 66 (1977) 2–18.

Zu diesem Komplex kann auch die Diskussion um die sog. Basisgruppen gerechnet werden. Diese Frage wird hier nicht weiter verfolgt. Vgl. dazu K. Lehmann, a. a. O., 116 f.; Walter Kasper, Elemente einer Theologie der Gemeinde, in: Lebendige Seelsorge 27 (1976) 289–298, 292 f.

⁸ P. Lippert, a. a. O., 82.

⁹ Vgl. K. Lehmann, a. a. O., 112.

¹⁰ Wolfgang Seibel, Christen in Distanz zur Kirche, in: Stimmen der Zeit, 195. Bd., 102 (1977) 505–506, 506.

im Vordergrund. Es wird thematisiert und soll über Identifikation bestehende Bindungen aufrecht erhalten und geschwächte oder abgebrochene (bei distanzierteren Christen) stärken bzw. neu knüpfen.

1.2.2 Der Ansatzpunkt »Priestermangel« sieht – das wurde schon ausgeführt – im Amtsträger die zentrale Bezugsperson der Gemeinde. Durch sein Handeln werden die Bindungen der Gemeindeglieder gefestigt und neu begründet. Die Person des priesterlichen Gemeindeleiters wird so zum unverzichtbaren Bindeglied der Gemeinde, was im Vorsitz der Eucharistiefeier am deutlichsten zum Ausdruck kommt. »Was das Sein des Presbyters ausmacht, ist seine besondere Beauftragung für den amtlichen Dienst an seinen Mitgläubigen im Namen der Kirche, ist also funktional und ekklesial bestimmt, ist ausgerichtet auf das Heil der anderen und das Heil der Welt, nicht auf seine persönliche Vervollkommnung: ist Auftrag zum Dienst der Vorsteherschaft in der Gemeinde zum Zeugnis des Glaubens.«¹¹

1.2.3 Die Diskussion um die »Gemeindekirche« kann man im Blick auf den wesentlichen Bindungsfaktor als Gegenposition zu 1.2.2 bezeichnen. Gemeinde bildet sich durch den Zusammenschluß derer, »die an Jesus Christus glauben und versuchen, ihr individuelles und gemeindliches Leben an der Botschaft des Neuen Testaments auszurichten; die Gläubigen sind in der Gemeinde in ein Geflecht von sozialen Beziehungen hineingebunden und übernehmen bestimmte Funktionen; den (gramm. verb., d. V.) Mittelpunkt bildet die Gemeindeversammlung, besonders der eucharistische Gottesdienst«¹². Die Bindungen sind aus dieser Sicht also primär von den Gemeindegliedern getragen.

1.3 Nun kann es eigentlich nicht verwundern, daß unterschiedliche Ansätze auch zu verschiedenen Akzentsetzungen in Bezug auf die Bindungsfaktoren führen. Strukturkonzepte aber müssen alle Aspekte berücksichtigen. Wo nur eine Sichtweise als die einzig richtige ausgegeben, jede andere dagegen nicht beachtet oder gar als falsch hin-

¹¹ *Johannes Neumann*, Die wesenhafte Einheit von Ordination und Amt: Priester und Laien im Dienst der Kirche. Kirchenrechtliche Fragen zur gegenwärtigen Praxis, in: Der Priestermangel und seine Konsequenzen, a. a. O., 95–128, 128.

¹² *Norbert Greinacher*, Leitbild einer kirchlichen Gemeinde von morgen, in: Theologie der Gegenwart 12 (1969) 212–219, 212.

gestellt wird, muß mit einseitigen Schlußfolgerungen gerechnet werden. Gruppensoziologische Forschungen zeigen ziemlich eindeutig, daß Konsens über Gruppenziele und ihre Verwirklichung, gute Beziehungen zwischen dem Gruppenführer und den Geführten sowie intensive Beziehungen dieser untereinander wesentliche Variable für den Stabilitätsgrad einer Gruppe im weitesten Sinne sind. Ihre optimale Kombination kann ein wichtiger Hinweis für die Organisationsstruktur sein. Das Bestreben, den Konsens und die Beziehungen zu verbessern, sind deshalb immer ein wichtiges Gruppenziel. Beide Größen können auch als Maßstab dienen, ob ein einzelner oder eine kleinere Gruppe einem größeren Sozialgebilde zuzurechnen ist oder nicht.

All das darf nicht die Sicht auf andere Faktoren verstellen, die nicht vernachlässigt werden dürfen, wenn Gemeindemodelle nicht an der Wirklichkeit scheitern sollen. Solche Faktoren sind in der menschlichen Person als *ens individuelle et sociale* begründet, die als solche in Raum und Zeit lebt. Gerade letzteres scheint oft übersehen zu werden. Konsens, der nur innerlich bleibt, trägt nur wenig zur Gemeindebildung bei. Ebenso sind auch Beziehungen, die nie aktiviert werden, für ein soziales Gebilde kaum von Nutzen. Mit anderen Worten: Konsens mit und Beziehungen zu einer Gruppe oder Gemeinde stehen immer unter der Raum-Zeit-Dimension. Das soll im folgenden Abschnitt aus der Sicht des einzelnen erläutert werden¹⁸.

2. DIE RAUM-ZEIT-DIMENSIONEN UND IHRE IMPLIKATIONEN FÜR AKTIVITÄTEN IN DER GEMEINDE

In welcher Weise die Raum-Zeit-Dimension in Überlegungen zur Verbesserung von Gemeindestrukturen eingeht, mag ein längeres Zitat aus der »Begründung und Erläuterung der Rahmenordnung für die pastoralen Strukturen im Bistum« zeigen. Dieser Text lag bei der ersten Lesung der entsprechenden Vorlage der 2. Vollversammlung der Synode im Mai 1972 vor:

¹⁸ Vgl. zu diesem Aspekt aus der Sicht der Gemeinde *Norbert Glatzel*, *Gemeindebildung und Gemeindestruktur*. Ein Beitrag der Christlichen Sozialwissenschaften zu einer Kernfrage des christlichen Lebens, München, Paderborn, Wien 1976, bes. 149–192.

»Es zeigt sich heute immer deutlicher, daß Pfarrei und Dekanat in der bisherigen Form und Größenordnung nicht mehr in der Lage sind, die Ziele des pastoralen Dienstes zu verwirklichen. Die Auseinanderentwicklung des Wohnens, der Arbeit, der Bildung und der Freizeit sprengt die Geschlossenheit des Dorfes und des Wohnbezirkes und mindert damit die Wirksamkeit und soziale Bedeutung der Pfarrei. Das gesellschaftliche Leben bezieht sich auf größere Räume. Die Pfarrei im überlieferten Sinne erreicht zum Teil nur noch die immobilen Bevölkerungsgruppen. Die Bedürfnisse und sozialen Beziehungen der gesellschaftlich aktiven Gruppen überschreiten das Territorium der Pfarrei erheblich. Die Mobilität der Gesellschaft bewirkt in den Wohnbezirken ein ständiges Kommen und Gehen.«¹⁴

Zwei Argumente erscheinen aus der Fragestellung dieses Beitrags bedeutsam: Die Vergrößerung der Räume gesellschaftlichen Lebens und die Mobilität der Gesellschaft. Beide sollen hier aber aus der Sicht des einzelnen Gemeindemitglieds dargestellt werden.

2.1 Die Vergrößerung des Lebensraumes.

2.1.1 Das Argument vom gesellschaftlichen Leben, das sich heute auf größere Räume erstreckt, steht in der Regel in engem Kontext mit dem anderen, daß auch »die Bedürfnisse und sozialen Beziehungen« der aktiven Bevölkerungsteile auf immer größere Lebensräume angelegt sind. Der Lebensstil heutiger Menschen, das ist unbestritten, unterscheidet sich in der Tat von dem, der vor dem Ausbau des modernen Verkehrssystems vorgeherrscht hat. Gerade das Auto ermöglicht es, den Raum relativ rasch zu überbrücken. Damit werden verschiedene Örtlichkeiten zu einem scheinbar homogenen Handlungsraum verbunden. Die daraus abgeleitete Folgerung, der Lebensraum der Menschen habe sich vergrößert, übersieht dabei jedoch, daß die räumliche Dislokation von Arbeitsplatz, Kaufhäusern, Zentren der Verwaltung und der medizinischen Versorgung, von Sport-, Freizeit-, Erholungs- oder gar Urlaubsstätten, also von all den Orten und Plätzen, an denen Menschen wesentliche Teile ihrer Zeit verbringen, noch nicht den Raum zwischen diesen Punkten zum »Lebensraum« macht. Man muß hier wohl eher von einem »Verkehrsraum« sprechen, der in der Regel immer auf die gleiche Art und Weise durchmessen, dadurch aber eben nur in sehr begrenztem Sinne als bedeutsam emp-

¹⁴ Synode 3-72-13.

funden wird. Der einzelne registriert zumeist nur den Aufwand an Zeit und Kosten, der wiederum je nach Begründungszusammenhang als tragbar oder lästig (Arbeitsweg), als lohnend bzw. nicht lohnend (Einkaufsweg) oder als unumgänglich (Weg zu der Behörde oder zum Arzt) angesehen und bewertet wird. Solche Einschätzungen haben sehr breite Toleranzgrenzen; irgendwo werden jedoch Schwellenwerte erreicht, die Alternativen ins Auge fassen lassen und langfristig zu Verhaltensänderungen führen (Wechsel des Arbeitsplatzes, der Einkaufsgewohnheiten oder auch des Wohnsitzes).

Dazu kommt ein weiteres Argument, den Verbund von einzelnen Raumpunkten nicht als »Lebensraum« anzusehen.

Bestimmte Orte werden nur aufgesucht, weil dort besondere Aufgaben pflichtgemäß verrichtet (z. B. Arbeitsplatz) oder spezifische Bedürfnisse befriedigt werden (z. B. Arztpraxen, Sportstätten u. ä.). Die Grenze zwischen dem »Muß« und dem »Freiwillig« läßt sich nicht sauber ziehen (etwa bei Behörden, Kaufhäusern oder der Kirche); sie ist in diesem Zusammenhang auch ziemlich belanglos. Im Blick auf den Lebensraum ist vielmehr wichtig, daß mit dem Ortswechsel auch das Rollenspiel und die Bezugspartner wechseln. Die daraus resultierende Unterschiedlichkeit der Verhaltensweisen verbietet es aber, die Vielzahl der Raumpunkte unter Vernachlässigung der Zwischenräume als ein geschlossenes Ganzes zu betrachten, zumal auch noch die Gewichtigkeit der einzelnen Orte sehr unterschiedlich ist.

Orte, an denen man viel Zeit verbringt, sind für den einzelnen wichtiger als andere, die nur sporadisch besucht werden. Trotzdem scheint der Zeitfaktor in diesem Zusammenhang nicht allein dominant zu sein. Neben ihn treten hier die menschlichen Beziehungen, die an verschiedenen Orten im Laufe der Zeit entstehen. Solche Bezugssysteme entwickeln sich an jedem einzelnen Ort in spezifischer Weise mit der Folge, daß sie sich nur sehr begrenzt überlappen. Zu nennen wären die Familie, die Kollegenschaft am Arbeitsplatz, ferner Freundeskreise, Verwandtschaft und z. T. die Nachbarschaft im Wohnbereich, die Pfarrgemeinde, aber auch unterschiedlichste Gruppierungen (Vereinsmitgliedschaft, Zugehörigkeit zu informellen Gruppen u. ä.) müssen in diesem Zusammenhang angeführt werden. Schon diese Aufzählung zeigt die unterschiedliche Art und das unterschiedliche Gewicht dieser Bezugssysteme. Das betrifft, wie schon gesagt, die Zeit, die der einzelne in sie eingebunden ist, es erstreckt sich aber noch mehr auf die Art und

Weise der Beziehungen, die in den einzelnen Bezugssystemen möglich sind und die von sehr formal (in Behörden und Kaufhäusern) bis sehr persönlich (etwa im Freundeskreis) reichen können. Schließlich unterscheiden sich aber – das scheint der wesentlichste Punkt zu sein – räumlich und zeitlich getrennte Bezugssysteme in ihren spezifischen Verhaltensweisen und den sie steuernden Normen- und Wertsystemen.

2.1.2 Aus jedem dieser beiden Aspekte lassen sich Folgerungen für die Beteiligung am Leben der Pfarrgemeinde ableiten, die deshalb auch für die Gemeindestruktur relevant sind.

Verhaltensweisen und Verhaltensänderungen sind immer auch bezogen auf Raum und Zeit, oder anders gesagt, auf die Kosten, die bedingt durch die Teilnahme an Aktivitäten der Gemeinde entstehen. Dabei wird der Aufwand ins Verhältnis gesetzt zu dem Ertrag. Wenn diese Relation auch in hohem Maße von der subjektiven Wertschätzung der Sache selbst abhängt, um die es geht, werden die »Nebenkosten« jeweils doch irgendwie mit in das Kalkül einbezogen. Fernbleiben von gemeindlichen Aktivitäten ist deshalb nicht *nur* in einer geringen Wertschätzung dessen zu sehen, was da geschieht oder wie es geschieht (Nebenkosten = 0), sondern stets auch eine Mitbewertung des nötigen Aufwands, um teilnehmen zu können. Darüber hinaus stehen diese beiden Aspekte sehr oft in Konkurrenz mit anderen Möglichkeiten, die sich ebenfalls für die gleiche Zeit anbieten (entgangener Nutzen)¹⁵. Je knapper also die Zeit, über die jemand verfügt, und je zahlreicher die Alternativen, die in einer bestimmten Zeit möglich oder geboten sind, um so mehr sinkt die Chance für Aktivitäten, die in der persönlichen Wertskala jedes einzelnen nicht die vorderen Plätze einnehmen. Das wird um so stärker der Fall sein, je höher die Nebenkosten steigen, mit denen bestimmte Aktivitäten befrachtet sind. Solche Überlegungen sind durch die Erfahrungen gedeckt, die zeigen, daß gerade die aktiveren Bevölkerungsteile sich weniger am Gemeindeleben beteiligen, als die inaktiven, daß letztere aber auch dann fehlen, wenn sie etwa die Anmarschwege überfordern¹⁶. Die gängige Folgerung aus diesem Tatbestand, größere Pfarrstrukturen würden zu mehr Aktivität führen, erweist sich damit offensichtlich als falsch.

¹⁵ Vgl. dazu *George C. Homans*, Soziales Verhalten als Austausch, in: *Moderne amerikanische Soziologie*, hrsg. v. *Heinz Hartmann*, Stuttgart 1967, 173–185.

¹⁶ Dabei ist nicht nur an weite Wege zu denken, sondern etwa auch an die Unsicherheit bestimmter Gegenden unserer Städte bei Nacht.

Räumliche und zeitliche Trennung von Handlungsräumen und Bezugsgruppen bedingt, wie schon gesagt, in der Regel spezifische Verhaltensweisen, die von dem jeweils vorherrschenden Normen- und Wertesystem gesteuert werden. Trotzdem stehen diese Handlungsfelder nicht unvermittelt nebeneinander. Sie sind vielmehr sinnhaft aufeinander bezogen. Sinnmitte ist der persönliche Lebensentwurf eines jeden Menschen, von dem her dann auch ein Handlungsfeld Priorität gewinnt. Meist ist das die Familie, seltener der Beruf, die Pfarrgemeinde, eine Vereinstätigkeit oder bei einem Spitzenathleten vielleicht der Sport. Die nachrangigen Handlungsfelder sind in unterschiedlicher Weise dem primären zugeordnet: ergänzend oder konkurrierend.

Das Handlungsfeld Pfarrgemeinde kann in diesem Kontext beispielsweise im Lebensentwurf eines einzelnen die Sinnmitte sein (Priester), es kann die materielle Grundlage für die Existenz der Familie (hauptamtlich Bedienstete) oder der Garant der Sinnggebung überhaupt sein (religiöse Menschen). Möglich ist aber auch, daß jemand dieses Aktionsfeld generell als nützlich für die Werttradierung betrachtet und nur finanziell (Kirchensteuer) dazu beiträgt, daß eine Tradition gewahrt bleibt, die menschenwürdiges Leben garantiert. Mit anderen Worten: Das Handlungsfeld Pfarrgemeinde kann in dem Handlungs- und Lebensentwurf eines Menschen relativ eigenständig aber auch mit anderen wichtigen Handlungsbereichen (positiv oder negativ) vermittelt sein. Das macht plausibel, daß der Zeitaufwand entsprechend der jeweiligen Stellung stark variiert. Gemeindliche Aktivitäten stehen bei der Mehrzahl der Gemeindemitglieder eben nur neben anderen, die ihr legitimes Recht beanspruchen¹⁷. Die Kirche und erst recht nicht die Gemeinde können deshalb alle Handlungsbereiche in ihrem Sinne *sichtbar* prägen. So bleiben letztlich eben nur bestimmte Zeiten (irgendwann am Wochenende oder am Sonntag) für gemeindliche Aktivitäten, die zudem nur als solche dadurch in Erscheinung treten, weil sie an ganz bestimmten Orten (in der Kirche oder im Pfarrzentrum) verrichtet werden. Deshalb sollte man aufgrund solcher Überlegungen den sog. Sonntagschristen nicht ganz so negativ sehen, denn gemeindliche Aktivitäten stehen auch in der Raum-Zeit-Dimension und sind von daher notwendig begrenzt. Hier helfen strukturelle

¹⁷ Die vom II. Vatikanum ausdrücklich anerkannte »Autonomie der irdischen Wirklichkeiten«, die »eigenen Gesetze und Werte« (GS 36) der Gesellschaft muß beim einzelnen, der auf solche Wirklichkeiten in seinem Handeln bezogen ist, notwendigerweise eine Entsprechung finden.

Maßnahmen nur indirekt, indem über sie die in der Sozialisation grundgelegte Prioritätenskala verändert werden könnte.

2.2 Die regionale Mobilität

2.2.1 Ein zweiter Hauptgrund, der gegen die z. Z. vorherrschende Gemeindestruktur ins Feld geführt wird, ist die Mobilität der Gesellschaft, die »in den Wohnbezirken ein ständiges Kommen und Gehen« bewirke¹⁸. In dieser Weise ist das Argument aber zu global formuliert, als daß es eindeutige Hinweise auf strukturelle Reformen liefern könnte. Es gibt sicher Pfarrgemeinden mit sehr hohen Mobilitätsziffern; solche Werte sagen aber nichts aus über die Verweildauer, einen Faktor, der für die pfarrliche Arbeit wichtiger ist¹⁹. Ein Pfarrgebiet mit einer Mobilitätsziffer von 20 % kann im Extrem 90 % sesshafte und 10 % jährlich wechselnde Bewohner (etwa Studenten), es kann aber auch im anderen Extrem in etwa 10 Jahren eine völlig neue Wohnbevölkerung haben. Während ersteres denkbar ist, dürfte letzteres sehr unwahrscheinlich sein²⁰. Zwischen beiden Extremen liegt die breite Palette von Möglichkeiten, die für die pastorale Arbeit bedeutsam wird^{20a}.

¹⁸ Synode 3–72–13.

¹⁹ Die Mobilitätsziffer errechnet sich aus der Relation des Wandervolumens (Gesamtzahl der Zu- und Abgänge) zur (mittleren) Bevölkerung eines Gebietes. Für die pastorale Bewertung dürfte nicht dieser Wert herangezogen werden, sondern die Fluktuationsrate, die bei gleichbleibenden Bevölkerungszahlen dem halben Wert der Mobilitätsziffer entspricht. Bei wachsender (sinkender) Bevölkerung ergibt sich die Fluktuationsrate aus der Relation der Zu- (Ab-)gänge zur Bevölkerung. Vgl. dazu *Rudolf Heberle*, Art. Wanderungsmobilität, in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. *Wilhelm Bernsdorf*, 2. Neubearb. Aufl., Stuttgart 1969, 1269–1272.

Eine Untersuchung der regionalen Mobilität in bezug zu pastoralen Fragestellungen ist mir nicht bekannt, so daß im folgenden nur generelle Überlegungen zu dieser Frage vorgelegt werden können.

²⁰ Vgl. dazu *Günter Biemer* und *Pius Siller*, Grundfragen der praktischen Theologie, Mainz 1971, 96 f. Dort wird mit Verweis auf *Norbert Greinacher*, Die Kirche in der städtischen Gesellschaft, Mainz 1967, 124 aus Essener Zahlen aus dem Jahre 1956 als möglich angesehen, daß sich bei einer Mobilitätsziffer von 18,2 »in einem Wohnviertel nach fünf (!) Jahren die Einwohnerbevölkerung völlig erneuert haben könnten«.

^{20a} In der Untersuchung »Katholiken und Pfarrgemeinde«, Bericht Nr. 90, hrsg. v. Institut für Kirchliche Sozialforschung des Bistums Essen (IKSE), Oktober 1976, wurde für drei städtische Gemeinden im Ruhrgebiet erhoben: »Nur 1,4 % aller Befragten wohnen weniger als 1 Jahr im jetzigen Wohnviertel, weitere 11 % 1 bis 3 Jahre. Die große Mehrheit der Betroffenen ist bereits lange am Wohn-

Wie unterschiedlich regionale Mobilität für die Seelsorge zu bewerten ist, zeigt sich besonders, wenn man nach den Gründen für den Wohnortwechsel fragt.

Hier ist zuerst der Familienzyklus zu nennen. Jede Eheschließung führt heute zumeist zur Begründung eines neuen Wohnsitzes für die entstehende Familie. Selten werden beide Partner aus dem Pfarrgebiet stammen und in ihm wohnen bleiben. Leitend bei der Wahl des neuen Familienwohnsitzes dürfte der Arbeitsplatz sein; daneben werden aber stets auch andere Gesichtspunkte eine Rolle spielen, etwa die Nähe zur Ursprungsfamilie oder das Bestreben, einen gewachsenen Freundes- oder Bekanntenkreis nicht zu verlieren. Damit kommt auch hier die Raumdimension ins Spiel. Sie wird aber noch wichtiger bei eventuell notwendig werdenden weiteren Umzügen, die in einer wachsenden Familie oder durch Erwerb von Wohnungseigentum im weitesten Sinne begründet sind. Hier dürfte die Nähe zum alten Wohnsitz ganz entscheidend sein²¹, besonders wenn sich die berufliche Situation nicht verändert oder wenn schulpflichtige Kinder vorhanden sind. Je kürzer aber die Entfernung zwischen dem alten und dem neuen Wohnsitz ist, um so geringer sind die Auswirkungen dieses Umzugs auf das Gefüge der sozialen Beziehungen.

Neben dem Familienzyklus muß wohl die berufsbedingte regionale Mobilität an zweiter Stelle genannt werden²². Die berufliche Situation zwingt viele Menschen, im Laufe ihres Lebens öfter ihren Wohnsitz zu ändern. Verlagerung der Produktion in andere Werke bzw. Betriebsstillegungen, Versetzung im Zusammenhang mit Beförderung oder ein Arbeitsplatzwechsel können dafür der Grund sein²³. Die berufliche Mobilität schwankt zwischen einzelnen Berufsgruppen beträchtlich, besonders ausgeprägt in Spitzenpositionen, und sie ist in

ort ansässig: 22 % wohnen länger als 3 Jahre bis 10 Jahre und 65,5 % – also zwei Drittel – bereits länger als 10 Jahre im Wohnviertel. 55,7 % sind in den letzten 10 Jahren nicht umgezogen, 28 % einmal, 8,3 % zweimal und 6,3 % dreimal und öfter.« (16)

²¹ Das In-Augenschein-Nehmen der neuen Wohngegend und ihrer Vorzüge spielt bei solchen sekundären Wohnsitzwechseln eine nicht zu unterschätzende Rolle.

²² Vgl. dazu *Walter Tebert* und *Horst Schmelzer*, Die sozialen Voraussetzungen beruflicher Mobilität, Stuttgart 1973 (= Schriftenreihe des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Heft 18).

²³ Die Studie unterscheidet zwischen Aufstiegs- und Sicherungsmobilität, d. h. Überwechseln in einen Arbeitsbereich mit besseren Zukunftschancen. Vgl. ebda., 58.

jungen Jahren stärker als in der späteren Lebensphase, wobei der Gipfel bei 25 Jahren liegt²⁴. Nur jeder dritte Tätigkeitswechsel ist jedoch auch mit dem Wechsel des Wohnortes verbunden²⁵. Hier spielen die schon oben genannten persönlichen Faktoren (Familienstand, Kinderzahl, Wohnungseigentum, Freundes- und Bekanntenkreis) eine stabilisierende Rolle²⁶. Wenn man einmal von Studenten und Soldaten als Sondergruppen absieht – auch bei diesen wird zunehmend der Faktor der Nähe zum Wohnsitz der Ursprungsfamilie²⁷ dominant (Kostensparnis) –, dann dürfte die berufsbedingte regionale Mobilität keine so bedeutende Rolle spielen, wie gemeinhin angenommen wird.

2.2.2 Auch in bezug auf die regionale Mobilität können Folgerungen für die Beteiligung am Leben in der Pfarrgemeinde gezogen werden. Dabei muß wohl zuerst die spezifische Situation der jeweiligen Gemeinde berücksichtigt werden. Es gibt städtische Neubaugebiete mit starker Zuzugs- und sanierungsbedürftige Gebiete mit hoher Wegzugsmobilität. Dazwischen liegen bei einem gesunden Wohnungsmarkt gewachsene Siedlungsstrukturen, in denen sich Zu- und Wegzüge die Waage halten, wiederum jedoch mit unterschiedlicher Höhe. Hier setzt nun ein Argument für großräumigere Strukturen an. Mit der Vergrößerung des Bezugsgebietes sinkt nämlich die Außenmobilität. Weil die Zahl der Wohnortwechsel insgesamt dadurch nicht kleiner wird, wächst durch eine solche strukturelle Maßnahme die Binnenmobilität. Diese aber, so könnte man argumentieren, ist weniger problematisch, weil durch sie die alten Kontakte zu der Pfarrgemeinde und ihren Amtsträgern nicht tangiert werden. Der entstehende Gewinn für eine relativ kleine Gruppe wird aber bezahlt mit der Ausdehnung der Raum-Zeit-Dimension für alle Mitglieder einer solchen Großgemeinde, wodurch – wie schon ausgeführt – bestimmte Schwellenwerte überschritten werden können, die auch bei ortsstabilen Gemeindemitgliedern verhaltensverändernd wirken könnten.

²⁴ Ebda., 102. Man kann wohl in dieser Altersklasse vermuten, daß in dieser Zeitspanne berufsbedingte regionale Mobilität oft von familienbedingten Faktoren gefördert wird.

²⁵ Ebda., 43.

²⁶ Wie stark solche Faktoren sein können, zeigt die geringe Inanspruchnahme von Umzugsbeihilfe, die 1976 zum Abbau der Arbeitslosigkeit beschlossen wurde.

²⁷ Die Ursprungsfamilie bleibt in diesen Fällen zudem ortsstabil.

Man muß bei der jetzigen Situation wohl davon ausgehen, daß in all den Fällen, in denen die Entfernung zum ehemaligen Wohnsitz nicht zu weit ist²⁸, soziale Kontakte im weitesten Sinne (etwa zu Geschäften, Pfarrgemeinde, Vereinen und Gruppen, selbst zu bestimmten alten Nachbarn) sich erst im Laufe von Jahren in den neuen Wohnbereich verlagern. Die Beziehungen zum kirchlichen Leben insgesamt dürften deshalb in solchen Fällen nicht schlagartig abbrechen.

Die Verlagerung des Wohnsitzes über größere Entfernungen macht dagegen einen Neuanfang des Zugezogenen im Aufbau von Beziehungen in seiner neuen Umgebung nötig. Das wiederum ist mit einem enormen Zeitaufwand verbunden. Weil die ersten Bezugspartner meist am Arbeitsplatz gefunden werden, können kirchliche Bindungen leicht abreißen. Gerade diese Gruppe müßte von den Verantwortlichen der Pfarrgemeinde aufgefangen werden, indem man sie zunächst mit den Örtlichkeiten und den Veranstaltungszeiten der Gemeinde vertraut macht und ihnen so die Möglichkeit eröffnet, auch hier Beziehungen anzuknüpfen und Aktivitäten entwickeln zu können²⁹. Bei dieser Gruppe kommt die Zeitdimension noch unter einem weiteren Aspekt zum tragen. Wer sich am neuen Wohnsitz auf Dauer niederlassen will, wird intensiver auf Kontaktversuche ansprechen als andere, die das Wohnen an einem entfernten Ort nur als kurzfristigen Zustand betrachten.

Mobilitätsfolgen, das dürfte das Fazit dieser Überlegungen sein, werden aus pastoraler Sicht in räumlich kleineren Strukturen schneller und besser aufzufangen sein als in größeren.

2.3 Wenn sich folglich aus der vorausgegangenen Darstellung zur Raum-Zeit-Dimension in bezug auf menschliches Handeln im allgemeinen und auf Handeln in der Pfarrgemeinde im besonderen die Beibehaltung von überschaubaren Raumstrukturen empfiehlt, weil durch sie die Aktivitäten der Mitglieder erleichtert und die Verantwortlichkeiten der Führungskräfte für die Gemeinde klar umrissen werden können, dann bleibt noch eine Frage offen. Lebt eine solche Gemeinde nicht an der gesellschaftlichen Realität vorbei?

²⁸ Das betrifft viele Fälle sowohl der familienbedingten wie der berufsbedingten regionalen Mobilität, sicher alle Fälle, die in großräumigeren Strukturen unter die Binnenmobilität fielen.

²⁹ Vgl. dazu die guten Vorschläge von *G. Biemer* und *P. Siller*, a. a. O., 98 f.

Eine Pfarrgemeinde kann entsprechend ihrer Größenordnung immer nur jeweils bestimmte Problembereiche abdecken. Wenn sie auf einer relativ niedrigen Ebene angesiedelt ist, können in ihr die Sorgen und Nöte aber auch die Freude und die Hoffnung ihrer Glieder Widerhall finden und über sie in die Diskussion auf einer höheren Ebene (Diözese oder Bischofskonferenz) eingehen. Dort, nicht in der Gemeinde, ist der Ort, wo gesamtgesellschaftliche Probleme angegangen und vielleicht ihrer Lösung ein Stück näher gebracht werden können. Gemeinde sollte der Ort sein, an dem Menschen in gemeinsamem Handeln ihren Glauben sichtbar leben³⁰, Menschen unterschiedlicher Lebenskreise, Menschen unterschiedlicher Glaubensprägung, Menschen, die ihrem Glauben sichtbar oder unsichtbar in den verschiedensten Handlungsfeldern Leben und Wirklichkeit verleihen. Gemeinde wird so zu einem »Knotenpunkt«³¹ der vielen einzelnen, Familien, Familienkreise und Gesprächsgruppen³², die je in ihrer Weise sich um den Glauben bemühen. Gerade in unserer Gesellschaft, die geprägt ist von großstrukturierten Öffentlichkeitsbereichen und sehr kleinen Räumen privaten Lebens, eröffnet eine überschaubare Gemeinde die Chance, ein Bereich zu sein, wo Menschen sich im Bekenntnis ihres Glaubens und im Einüben von Brüderlichkeit sich wenigstens ein Stück weit aus ihrer Privatheit in die Öffentlichkeit vorwagen können.

³⁰ Vgl. W. Kasper, *Elemente*, 298.

³¹ K. Lehmann, a. a. O., 118.

³² Die herrschende Sprachregelung, solche Gruppierungen als *Substrukturen* der Gemeinde zu bezeichnen, ist logisch nicht konsequent. Gemeinde auf der einen und solche Gruppen auf der anderen Seite sind nämlich soziologisch nach unterschiedlichen Strukturkriterien aufgebaut. Solche Gruppen sind Elemente in der Gemeinde; diese hat für sie eine Brücken- oder Klammerfunktion, nicht die Funktion der nächst höheren Organisationsebene.